

Meine Herren und Damen, liebe Schüler und Schülerinnen,

der Novemberpogrom von 1938 bedeutete den Wendepunkt im Leben der Juden in Deutschland. Was sich schon über Jahre mit immer offenkundigeren Rechtsbrüchen durch das NS-Regime unmissverständlich angekündigt hatte, erreichte in der Nacht vom 9. auf den 10. November einen ersten, traurigen Höhepunkt: Unverhohlen richtete sich der Terror der Nationalsozialisten gegen die jüdische Bevölkerung in ganz Deutschland. Ausgrenzung, Verfolgung, psychische und physische Gewalt nahmen ein bis dahin unvorstellbares Ausmaß an. Und wir wissen heute, dass dies noch lange nicht das Ende war.

Auch in Gütersloh verrichtete die SS ihr Werk. Die Daltrops und Löwenbachs, die Meinbergs, Herzbergs und Steinbergs waren die Opfer - ihre Wohnungen und Häuser wurden zerstört, ihr Eigentum vernichtet, die Männer verschleppt, Frauen und Kinder verhöhnt und verspottet, und die Synagoge - als Mittelpunkt des geistigen und religiösen Lebens der jüdischen Gemeinde von allerhöchster Bedeutung - war nur noch ein Trümmerhaufen – Menschenverachtung zeigte sich in aller Konsequenz. Spätestens jetzt wurde klar, dass es für Juden kein Vertrauen, keine Rechte, keine Sicherheit und Zukunft, kein Leben mehr in Deutschland geben würde.

Die „Stolpersteine“, die in den Straßen unserer Stadt vor den Häusern und Grundstücken verlegt sind, wo sie gewohnt haben, nennen ihre Namen und erinnern an die Menschen und ihr Schicksal. Sie waren Gütersloher Bürger: Nachbarn, Freunde, Bekannte, Geschäftsleute und -partner, man begegnete sich täglich in der kleinen Stadt, in der jeder jeden kannte. Und dann waren sie nicht mehr da – planmäßig verfolgt, ins Exil getrieben, deportiert und ermordet. Viele Zeitzeugenberichte geben uns genaue Kenntnis davon, *was* geschehen ist und *wie* es passierte. Gerade eben haben wir im Lesetheater der Schüler und Schülerinnen davon gehört.

Jedes Jahr kommen wir in Scham und Trauer an diesem Abend hier am Gedenkstein für die jüdischen Bürger, ihre Gemeinde und ihre Synagoge zusammen. Wir wollen die Erinnerung nicht vergehen lassen und zugleich unserem Willen Ausdruck geben, alles dafür zu tun, dass solche Verbrechen in Deutschland nie wieder geschehen können. Wir tun das vor dem Hintergrund des Vertrauens in die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung Deutschlands, die sich nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und dem Neubeginn der Bundesrepublik 1945 gebildet und über mehr als sechs Jahrzehnte gefestigt hat.

Aber es gibt ganz aktuell Anlass zur Sorge:

In diesem Jahr war Gütersloh zweimal das Ziel von Aufmärschen der rechtsextremen Szene. Sie haben dank des Engagements und des Eintretens vieler ihr Ziel nicht erreicht, die dreisten und aberwitzigen Parolen sind ohne Wirkung geblieben. An anderen Orten unserer Region war es zum Glück genauso.

Dass wir uns damit aber nicht zufrieden geben können, zeigen uns Berichte über Umfragen, die in jüngster Zeit veröffentlicht wurden. Eine gestern vorgestellte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremem Gedankengut in der Bundesrepublik belegt, dass Ressentiments und Vorurteile gegen Ausländer von 35% der Befragten in Westdeutschland und von fast 44% in den Ost-Bundesländern geteilt werden. Antisemitische Aussagen finden im Westen noch mehr Zustimmung als im Osten, fast 14% der bundesweit Befragten sind der Meinung, Juden hätten – ich zitiere aus der Studie – „etwas Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“. Meine Herren und Damen, was für eine Formulierung!

Dies geht einher mit einer auf breiter Basis zunehmenden Entfremdung gegenüber dem politischen System und wachsender Distanz zu den Werten der Demokratie – quer durch alle gesellschaftlichen Gruppen, quer durch die Generationen und Geschlechter. Vertreter von NPD oder DVU sind in die Landesparlamente von Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und in viele Kommunalräte eingezogen – der Rechtsextremismus kommt längst nicht mehr in Form von Schlägertrupps daher, sondern stößt - sich einschleichend - in die Mitte der Gesellschaft vor.

Um nicht missverstanden zu werden: Für uns hier ist dies kein Anlass zur Panik, aber es ist die Mahnung zum Handeln, zum konsequenten Eintreten gegen jeden Anfang von menschenverachtendem Extremismus. Die wenigen Unbelehrbaren, die wider jedes bessere Wissen ihre dumpfen Parolen brüllen, werden wir nicht erreichen; aber um alle, die aus Not, Schwäche oder Vereinsamung anfällig für solche falschen Freunde sind, können und müssen wir uns mehr kümmern: Eltern um ihre Kinder, Alte um Junge, Lehrer um Schüler, Unternehmer und Vorgesetzte um ihre Arbeitnehmer und Kollegen, Politiker um die Bürger - das würde schon viel bewirken. Zuwendung und Nähe, gegenseitiger Respekt und Vertrauen schaffen starke Persönlichkeiten, die souverän und eigenverantwortlich agieren und es nicht nötig haben, Sündenböcke für eigene Defizite bei anderen, bei Minderheiten zu suchen. Ich bin sicher, dass dadurch der rechtsextremen Szene am wirksamsten und nachhaltigsten der Boden entzogen wird.

Daran müssen wir arbeiten, das ist die Mahnung des Geschehens vom 9. November, und das ist die angemessenste Form der Erinnerung und des Gedenkens an die Opfer des Pogroms und des Holocaust, vor denen wir uns hier verneigen.

Ich danke Ihnen, dass Sie hierher gekommen sind!